

Vorlage der Verwaltung	Fachbereich: Büro des Bürgermeisters	Datum: 19.02.2021	Genehmigungsvermerk
Tagesordnungspunkt 7.3.8	Bezeichnung der Vorlage: Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2021		Datum: 19.02.2021
Vorlage-Nr: VO/0018/21-1			Bürgermeister: Gez. Stock
Zu beraten im:			
Ö/N	Datum	Gremium	
Ö	23.02.2021	Haupt- und Finanzausschuss (HFA)	
Ö	02.03.2021	Rat der Stadt Wegberg	

Sachverhalt:

Zu dem Tagesordnungspunkt TOP 5.7 sind am 15.02.2021 zwei Anträge der Fraktion Die Linke Wegberg und ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingegangen.

Diese werden im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2021“ beraten.

Beschlussvorschlag:

Beschluss nach Beratung.

Anlagen:

- Antrag der Fraktion Die Linke Wegberg
- Antrag der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Stadt Wegberg
Herrn Michael Stock
Bürgermeister
Rathausplatz 25

Wegberg, 15.02.2021

41844 Wegberg

Antrag Klimaschutzbeauftragte*n

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Wegberg stellt hiermit folgenden Antrag gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wegberg:

Der Rat möge beschließen, im Stellenplan der Haushaltssatzung für 2021 eine Stelle für einen Klimaschutzbeauftragte*n einzurichten.

Begründung:

Durch Beschluss vom 17.12.2019 hat sich der Rat der Stadt Wegberg dem Klimaschutz verpflichtet.

Der Haushaltsplanentwurf für 2021 enthält Mittel in Höhe von 352.000 Euro für Klimaschutzmaßnahmen, die im Produkt 140101 "Lokale Agenda" / Produktbereich 14 Umweltschutz angesetzt sind. Für die Koordination und Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen, die Umsetzung entsprechender Ratsbeschlüsse und als Ansprechpartner*in für den Klimaschutz halten wir eine*n Klimaschutzbeauftragte*n für unerlässlich.

Wir nehmen hierbei Bezug auf die Anregung des Klimatisches Wegberg e.V. vom 08.02.2021:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

*mit Freuden haben wir gehört, dass im Entwurf der Haushaltssatzung für 2021 Mittel in Höhe von 352.000 Euro für Klimaschutzmaßnahmen im Produkt Lokale Agenda angesetzt sind. Gerne leisten wir, nach unseren besten Möglichkeiten, mit Vorschlägen einen Beitrag zum Klimaschutz in Wegberg. Für die Koordination und Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen und als Ansprechpartner*in für den Klimaschutz möchten wir anregen, eine neue oder durch Umschichtung gebildete Personalstelle zu schaffen. Wir denken, dass es zunächst genügt, wenn die betreffende Person zu 50% für Arbeiten zum Klimaschutz tätig ist.*

Wir freuen uns auf eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit und verbleiben

mit den besten Grüßen

KlimaTisch Wegberg e.V.

*Till Schulte-Coerne
Vorstandsvorsitzender*

*Lothar Herweg
2. Vorsitzender*

Mit freundlichen Grüßen
Die Linksfraktion


Fraktionsvorsitzender
Tobias Becker


Stellv. Fraktionsvorsitzende
Michelle Walter


Fraktionsgeschäftsführer
Rüdiger Birmann

Fraktionsvorsitzender
Tobias Becker
tobiasbecker@dielinke-wegberg.de

Stellv. Fraktionsvorsitzende
Michelle Walter
michellewalter@dielinke-wegberg.de

Fraktionsgeschäftsführer
Rüdiger Birmann
ruedigerbirmann@dielinke-wegberg.de

Postanschrift
Fraktion
DIE LINKE. Wegberg
Am Sportplatz 19
41844 Wegberg

CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Die Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen beantragen, der Rat möge im Stellenplan der Haushaltssatzung für 2021 eine Stelle für einen Klimaschutzbeauftragten oder Nachhaltigkeitsmanager schaffen.

Begründung:

Die Stadt Wegberg ist nach Auffassung aller im Rat vertretenen Parteien und Gruppierungen dem Klimaschutz verpflichtet. Dafür ist die Schaffung der Position eines Klimaschutzmanagers unabdingbar, damit die von allen Parteien angestrebten Klimaschutzziele erreichbar sind. Ein solcher Klimaschutzmanager oder Nachhaltigkeitsmanager ist in der Lage, das Klimaschutzkonzept und die Ratsbeschlüsse zum Klimaschutz zu koordinieren und umzusetzen. Dem Vernehmen nach wird eine solche Stelle in vollem Umfang gefördert. Gegebenenfalls kann die Stelle zunächst auch für die Dauer der Förderung befristet werden.

Marcus Johnen
Fraktionsvorsitzender

Ralf Wolters
Fraktionsvorsitzender

Tobias Arndt
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Fraktion DIE LINKE.
im Rat der Stadt Wegberg
Am Sportplatz 19
41844 Wegberg

Bürgermeister
Michael Stock
Rathausplatz 25
41844 Wegberg



Wegberg, den 22. Februar 2021

Änderungsantrag zum Stellenplan 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Wegberg stellt hiermit folgenden Änderungsantrag zum Stellenplan 2021:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Stellenplan 2021 entsprechend der unten einsehbaren Ausführungen zu verändern:

A) Tariflich Beschäftigte

1	Fachkraft für Systemintegration	Die Stelle soll nicht geschaffen werden. Vergabe an externes Unternehmen	Eine Schiebung wäre nicht sinnvoll, da die Kämmerin im Haushaltsplanentwurf anmahnt, die Weiterentwicklung der Digitalisierung innerhalb der Verwaltung verlaufe schleppend (S. 62). Ein externes Unternehmen kann die zwei vorhandenen IT-Vollzeitstellen dabei unterstützen, Rahmenbedingungen für ein digitales Rathaus zu schaffen und die Verwaltungsmitarbeiter:innen entsprechend zu schulen. Die Kosten für eine externe IT-Betreuung sind kalkulierbar. Neben den Kosten für die Infrastruktur sind auch die des Dienstleisters präzise planbar. Mit monatlichen Festpreisen müssen zudem keine Schwankungen befürchtet werden. Dies ist zwar zunächst teurer, aber nach Abschluss der Systemintegration entstehen keine Folgekosten.
2	Stelle für den Arbeitsschutz	Die Stelle soll geschaffen werden.	
3	Wirtschaftsförderung/Liegenschaften	Die Stelle soll geschaffen werden.	
4	IT-Koordination für die Schulen	Die Stelle soll geschaffen werden.	

5	Bauaufsicht und Beratung	Die Stelle soll erst dann neu geschaffen werden, sobald die Anzahl der Vorgänge (siehe Haushaltsplanentwurf, S. 711) mindestens das Niveau von 2019 erreicht.	Die Anzahl der Vorgänge Bauaufsicht ging von 2019 auf 2020 um rund 30% zurück (von 720 auf 514). Es müssten also Stand jetzt ausreichend Kapazitäten vorhanden sein, die die Schaffung einer zusätzlichen Stelle vorerst obsolet erscheinen lassen.
6	Baubetriebshof (Verwaltung)	Die Stelle soll nicht geschaffen werden.	Eine zusätzliche Stelle in der Verwaltung des Baubetriebshofs wäre sicherlich wünschenswert, ist aber derzeit nicht leistbar, auch weil sich bereits zwei Vollzeitstellen im Büro des Baubetriebshofsleiters befinden.
7/8	Grünabfallsammelstelle	Beide Stellen sollen erst im Jahr 2022 geschaffen werden.	Die Grünabfallsammelstelle startet erst im Frühjahr 2022, weshalb die Einplanung der Stellen auch erst dann erforderlich ist. Die Einrichtung der Grünabfallsammelstelle im Jahr 2021 soll durch den Bauhof erfolgen.
9/10	Maschinisten	Beide Stellen sollen nicht geschaffen werden.	Es wurden Maschinen angeschafft, um die Arbeit zu erleichtern und effizienter zu gestalten. Wenn die Stadt zur Bedienung der Maschinen jetzt zwei zusätzliche Kräfte einstellt, ist der finanzielle Ertrag so nicht mehr gegeben. Die Maschinen sind bisher schließlich auch bedient worden.

B) Beamte

1	Personalentwicklung, Beschaffungen	Die Stelle soll nicht geschaffen werden.	Da das Aufgabenfeld nicht eindeutig definiert ist und die Tätigkeit in dem Umfang zumindest nicht zwingend erforderlich ist, würden wir von der Schaffung dieser Stelle – auch in Anbetracht der Folgekosten bei Beamten – absehen. Haushaltsplanentwurf, S. 45: „Es handelt sich bei diesen Aufwendungen um rein freiwillige Leistungen, die keinerlei Verpflichtung zur Einrichtung einer solchen Stelle und Durchführung der damit verbundenen Maßnahmen mit sich bringen. Argumentativ ist mit Sicherheit nicht von der Hand zu weisen, dass die Motivation und Gesunderhaltung auch im öffentlichen Dienst eine Rolle spielt. Dies gilt insbesondere in Krisenzeiten, in denen das Personal erheblich belastet ist. Als Kommune in der Haushaltssicherung ist aus Sicht der Kämmerin jedoch mehr als fraglich, ob das in dieser Größenordnung und für Maßnahmen dieses Inhaltes passieren muss. Betriebswirtschaftlich betrachtet meint Personalentwicklung auch eher die kurzfristig, mittelfristig und langfristig betrachteten entstehenden Personalbedarfe und Entwicklung der eigenen Kräfte auf diese Stellen hin (bspw. durch entsprechende Fachfortbildungen frei nach dem Motto „Wer kann was wann“). Hierdurch würde sich auch ein Mehrwert für die Verwaltung abzeichnen, da teure Kräfte nicht extern eingekauft werden müssten, Motivation für die bestehenden Kräfte entstehen würde und das in die Entwicklung der Mitarbeiter gesteckte Kapital erhalten bleibt.“
2	Feuerwehrbeamter	Die Stelle soll erst im Rahmen der nächstjährigen Haushaltsberatung beraten werden.	Es scheint lohnenswert, hier die Entwicklungen abzuwarten, da krankheitsbedingte Ausfälle zurückkehren und die Aufgaben der Brandschau damit wieder intensiviert wahrgenommen werden können. Zudem sollte der Rat Einblick in die Sondergenehmigung zu den Brandschauen erbeten. Das Ergebnis des Vergleichs rings „Freiwillige Feuerwehr Städte 20.000 - 50.000 Einwohner in NRW“ steht auch noch aus.

Begründung:

Im Haushaltsplanentwurf schreibt die Kämmerin auf Seite 39: „Die Personal- und Versorgungsaufwendungen stellen mit einem Volumen in Höhe von rd. 17,41 Mio. € die zweitgrößte Aufwandsart im Ergebnisplan (nach den Transferaufwendungen) dar. [...] Insgesamt sind die Planansätze für Personal- und Versorgungsaufwendungen zusammen um 2.674.506 €/ 18,14 % höher als noch 2019. Neben den Tarif- und Besoldungserhöhungen sind die Stellenzuwächse von 10,31 Stellen und zusätzlich beim Sozial- und Erziehungsdienst (+0,78 Stellen) der Grund für diesen Anstieg. Die prozentuale Erhöhung der Personal- und Versorgungsaufwendungen ist deutlich höher als die in den Vorjahren vom Orientierungsdatenerlass für Kommunen im Haushaltssicherungskonzept empfohlene Steigerung von 1%. In diesem Jahr wurde aufgrund der Corona-Pandemie und der hiermit verbundenen außergewöhnlichen Umstände für die Aufgabenwahrnehmung der Kommunen darauf verzichtet, den

Kommunen Orientierungs- bzw. Zielwerte für die Aufwendungen vorzugeben. Besonders für haushaltssicherungspflichtige Kommunen gilt jedoch natürlich weiterhin die ressourcenschonende Finanzwirtschaft. Um den Haushalt dauerhaft aus eigener Kraft ausgleichen zu können, ist es erforderlich, bei den Aufwendungen nur geringe Zuwachsraten zuzulassen. Dies gilt gemäß dem Orientierungsdatenerlass für Kommunen vom 30.10.2020 insbesondere auch für die Personal- und Sachaufwendungen der Kommunen. Im letzten Jahr hat zu den prozentualen Steigerungen im Bereich der Personalaufwendungen bereits eine Abstimmung mit der Kommunalaufsicht und der Bezirksregierung stattgefunden. Nach Vorlage der Begründungen durch den Bürgermeister an die Kommunalaufsicht, wurden die Stellenzuwächse und die damit verbundene Steigerung der Personalaufwendungen um mehr als 1% genehmigt. Aufgrund der sich abzeichnenden weiteren starken Steigerungen der Personalaufwendungen ist dringend an die Durchführung von Aufgabenkritiken zu appellieren. Andererseits müssen Personalkosten, die insbesondere durch Stellenmehrungen ausgelöst werden, durch einen starken Rückgang bei anderen Aufwandspositionen (bspw. Leistungserbringung durch Dritte) aufgefangen werden.“

Als Fraktion DIE LINKE. ist uns daran gelegen, dass die Stadt Wegberg als Arbeitgeberin eine Vorbildfunktion einnimmt und sichere Arbeitsplätze gewährt. Deshalb sollten die bereits vorhandenen Stellen aus unserer Sicht unangetastet bleiben. Was aber – und hier folgen wir den Rufen der Kämmerin – zwingend erforderlich ist, ist eine kritische Bewertung jener Stellen, die zusätzlich geschaffen werden sollen. Vieles ist sicherlich wünschenswert, aber für eine Kommune im Haushaltssicherungskonzept in dem Umfang derzeit schlicht nicht realisierbar.

Mit freundlichen Grüßen



Tobias Becker
Fraktionsvorsitzender



Michelle Walter
stv. Fraktionsvorsitzende



Rüdiger Birmann
Fraktionsgeschäftsführer